

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Telegraphische Adressen:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Veranschlagt
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 266.

Donnerstag, 15. November 1917, abends.

70. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis pro Quartal 1,50 M., pro halbjährlich 2,50 M., monatlich 25 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vorantags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Inhalt der Anzeigen kann nicht übernommen werden. Preis für die 48 vom dreizehnten Heft (7 Seiten) 20 Pf., das 12. Heft 25 Pf.; gelben und tabellarischer Satz nach Vereinbarung. Nachdruck- und Vervielfältigungsgebühren 20 Pf. pro Seite. Gestatteter Rabatt erlischt, wenn der Betrag des Abos durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Zahlung verzögert. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abbestellungs- und Anzeigenschein: „Anzeiger an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Expedition oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Abholung oder Nachlieferung; der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: August G. Winterlich, Riesa. Vertriebsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gönner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

In der Ausführungsverordnung über den Verkehr mit Milch vom 4. September ds. Js. (Sächsische Staatszeitung Nr. 209) wird § 18 unter Punkt 4 wie folgt abgeändert:

4. bei Käsen

	I	II	III
a) unter 3 kg mit Bals ohne Aufbruch für 0,5 kg ohne Bals für 0,5 kg	1,15 M.	1,20 M.	1,30 M.
b) über 3 kg mit Bals ohne Aufbruch das Stück ohne Bals das Stück für den Rücken (langgeschlitten, ungehäubert) für beide Seiten für Käseklößen, wozu Kopf, Herz, Leber, Lunge, Brust gehören	6,50 6,20 2,75 2,50 1,20	6,75 6,40 2,85 2,60 1,25	7,25 7,00 3,00 2,70 1,30

Diese Preise darf der Händler im Kleinverkauf an Verbraucher nicht überschreiten. Dresden, am 10. November 1917. Ministerium des Innern. 5471

Nachstehende Verordnung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Dresden, am 12. November 1917. Ministerium des Innern. 5472

Verordnung über Höchstpreise für Getreide und Teigwaren vom 6. November 1917.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401)

wird verordnet:

§ 1. Beim Verkaufe von Getreidemitteln an Kleinhandl. (§ 2) dürfen folgende Preise für 100 Kilogramm nicht überschritten werden:

bei gewöhnlichen Getreidemitteln

a) Weizen	81,20 Mark
b) in Beuteln zu 250 Gramm	111,00

bei Getreidemitteln (Andernahrung) in geschlossenen Packungen

a) zu 250 Gramm	116,75 Mark
b) zu 500	112,75

bei Getreidemehl (Andernahrung) in geschlossenen Packungen zu 250 Gramm 118,00 Mark |

Die Lieferung zu diesen Preisen hat frachtfrei Station (Bahn oder Schiff) des Empfängers zu erfolgen.

§ 2. Beim Verkaufe von Getreidemitteln an Verbraucher (Kleinhandel) dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:

bei gewöhnlichen Getreidemitteln

a) für 500 Gramm (Loke)	50 Pfennig.
b) für einen 250 Gramm-Beutel	33

bei Getreidemitteln (Andernahrung)

a) für eine 250 Gramm-Packung	35 Pfennig.
b) für eine 500 Gramm-Packung	68

für eine 250 Gramm-Packung 35 Pfennig.

Beim Verkaufe kleinerer Mengen dürfen Bruchteile eines Pfennigs auf ganze Pfennige nach oben abgerundet werden.

§ 3. Getreidemittel anderer Art oder in anderen Packungen, als in den §§ 1, 2 vorgegeben, dürfen nicht vertrieben werden.

§ 4. Beim Verkaufe von Teigwaren an Kleinhandl. (§ 5) dürfen folgende Preise für 100 Kilogramm nicht überschritten werden:

bei Teigwaren aus Weizen von einer Ausmahlung von 75 vom Hundert:

für Nöhren	103 Mark.
„ Nöhrenbruch	97
„ andere Teigwaren	99

bei Teigwaren aus Auszugmehl

für Nöhren	141 Mark.
„ Nöhrenbruch	134
„ andere Teigwaren	137

Die Lieferung zu diesen Preisen hat frachtfrei Station (Bahn oder Schiff) des Empfängers zu erfolgen.

§ 5. Beim Verkaufe von Teigwaren an Verbraucher (Kleinhandel) dürfen folgende Preise für 500 Gramm nicht überschritten werden:

bei Teigwaren aus Weizen von einer Ausmahlung von 75 vom Hundert:

für Nöhren	62 Pfennig.
„ Nöhrenbruch	58
„ andere Teigwaren	60

bei Teigwaren aus Auszugmehl

für Nöhren	86 Pfennig.
„ Nöhrenbruch	80
„ andere Teigwaren	82

Beim Verkaufe kleinerer Mengen dürfen Bruchteile eines Pfennigs auf ganze Pfennige nach oben abgerundet werden.

§ 6. Die in dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25), 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 188) und 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 253).

§ 7. Wer der Vorschrift im § 8 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu hundert Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Vertilgung und Sächliches.

Riesa, den 15. November 1917.

• **Bunter Abend.** Weil diese Aufführung bereits ausverkauft ist, findet keine Abendkasse statt. Es wird höchst gebeten, sich doch möglichst frühzeitig einzufinden zu wollen, denn da es unumgänglich ist, diesen erlauchtem „Rosenkranz“ wegen der beschränkten Kleiderablageeinrichtungen in einer Viertelstunde zu beheimen, entstehen unliebsame Störungen und Verzögerungen, für die die Leitung aber nicht verantwortlich gemacht werden kann.

• **Vertilgung.** Eingegangen ist die am 14. November 1917 ausgegebene Sächsische Verlustliste Nr. 481, die in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme ausliegt.

• **Zur Warnung.** Es erscheint angebracht, das Publikum erneut darauf hinzuweisen, daß es streng verboten ist, aufgefundenen Artilleriegeschosse an sich zu nehmen. Die Geschosse dürfen nicht zerlegt werden und der Fund ist unerschütterlich der Polizei oder einer zuständigen militärischen Stelle zu melden, wobei der Fundort genau zu beschreiben ist. Das Zerlegen oder Zerschlagen der Geschosse durch die Finder ist für diese mit größter Gefahr verbunden.

Zur Beseitigung des Mangels an Röhrgarnen

haben auf die Bemühungen des neuangeordneten, unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Rörigk stehenden Reichsbundes deutscher Textilarbeiterverbände die Kriegsröhrgarnfabrikation und die Reichsbekleidungsstelle eine zweckmäßigere Verteilung des Röhrgarns angedacht. Die freigelegenen Mengen werden durch die Gemeindeverbände der Kleinhandl. des Bekleidungsgebiets und dem Schneidergewerbe überwiesen. Die Abgabe an die Bevölkerung erfolgt nur auf Grund einer abzukompensierten Karte. Die Verordnung wird am 1. Januar in Kraft treten.

• **Einsparungen des Gepäckverkehrs.** Die deutschen Eisenbahnverwaltungen sehen sich zu folgenden Maßnahmen genötigt: 1. Das Gewicht des einzelnen Gepäckstückes darf von heute, 15. November, ab 50 Kilogramm nicht übersteigen. Ausgenommen von dieser Gewichtsbeschränkung sind u. a. Holz- und Paprtafeln von franten Reisenden, Aktiken- und Schaustellergeräten, Musikinstrumenten in Kisten und Futteralen und die Musikboxen der Geschäftsreisenden, die aber bei einem Gewicht von mehr als 50 Kilogramm nur in Verhüllungen befördert werden und auch nur dann, wenn der Reisende eine Be-

Einleitung der Handelstammer über die Notwendigkeit der

Wahrung als Gepäck vorweist. 2. Von einem noch zu veröffentlichen Tage an werden die Gepäckfrachten verdoppelt; mindestens wird für jede Sendung 1 M. erhoben. In gleicher Weise werden die Expressaufträge verdoppelt. Diese von den Eisenbahnverwaltungen nur unter dem Zwange der Verbände getroffenen einschneidenden und rauh durchzuführenden Maßnahmen sind nur als vorübergehende Einrichtungen gedacht.

• **Der Vaterländische Hilfsdienst.** Mit den Deutschen kämpfen siegreich an allen Fronten, aber in der Heimat gibt es noch Laufende, deren Arbeitskraft brach liegt oder eine Verwendung findet, die dem Ernst der Zeit nicht entspricht. Wer nicht an der Front helfen kann, soll hinter der Front mitwirken. Jeder Helfer im besten Gewissen macht einen Mann für die Front frei. Daneben werden Hilfsdienstpflichtige für das Generalgouvernement, Belgien gebraucht. Tausende aller Berufe, außer Handarbeitern aus Industrie und Landwirtschaft, kommen in Frage, von Wehrpflichtigen nur Kriegsbekindigte, die über 50 Prozent erwerbsunfähig sind. Wer schon eine Befreiung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes hat, wird nicht

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied ob sie dem Täter gehören oder nicht. § 8. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Für den Verkauf von Teigwaren, die sich bereits im Handel befinden, können bis zum 30. November 1917 die Landeszentralbehörden, Kommunalverbände und Gemeinden Ausnahmen von den Vorschriften in den §§ 4 und 5 zulassen.

§ 9. Die Verordnung über Höchstpreise für Lebensmittel vom 2. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1242) wird aufgehoben.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem 11. November 1917 in Kraft. Berlin, den 6. November 1917.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

von Waldow.

Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

Vom 1. Januar 1918 ab wird die Verkehrsverwaltung Gummibereifung für Kraftfahrzeuge nicht mehr freigegeben. Von diesem Zeitpunkt an dürfen Gummibereifungen nur noch benutzt werden, soweit sie für militärische Kraftfahrzeuge nicht brauchbar sind; alle übrigen unterliegen der Einziehung. Die Besitzer der noch weiterhin zugelassenen Kraftfahrzeuge werden daher zur Einziehung der Bereifung ihrer Kraftfahrzeuge gezwungen. Auf die Bekanntmachung vom 23. März 1917 — Nr. 47 H — über die Zulassung nichtaltescher Bereifung bei Personenkraftwagen wird hingewiesen.

Großenhain, am 12. November 1917.

312 H. Königl. Amtshauptmannschaft.

Kleinhandels-Höchstpreise für Kartoffeln.

Nach Behr der zuständigen Preisprüfungsstellen werden für die Abgabe von Kartoffeln im Kleinhandel folgende Höchstpreise festgesetzt:

a) bei Abgabe von Weizen unter 1 Str. 8 M. für den Str. oder 8 Pf. für das Pfund, b) bei Abgabe von 1—10 Str. 7,60 M. für den Str.

Als Kleinhändler gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht mehr als 10 Str. zum Gegenstande hat.

Der Verkauf nach Hofmaß ist nicht zulässig; er darf nur nach Gewicht erfolgen.

Wer als Erzeuger bez. Händler Kartoffeln im Kleinhandel feilhält oder feilbietet ist verpflichtet, auf Verlangen der Verbraucher diese sofort die zur Verfügung stehenden Vorräte ausreichen, in Mengen von mindestens 1 Str. zu verabfolgen.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, was Ziffer I und II anlangt, mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser Strafen, was Ziffer III und IV anlangt, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Bei Verletzung der Vorschriften kann neben den angedrohten Strafen angeordnet werden, daß die Beurteilung der Sachlage öffentlich bekannt zu machen ist; außerdem kann neben Gefängnisstrafe der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft. Großenhain und Riesa, am 9. November 1917.

180 a II. Die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain und die Stadträte zu Großenhain und Riesa.

Lebensmittelverteilung.

Es werden abgeben:

1. Vom Sonnabend, den 17. laufenden Monats ab auf Abschnitt 11 der grünen Lebensmittelkarte I verschiedene Subben, 50 gr für die Person.

2. Vom Montag, den 19. laufenden Monats ab auf Abschnitt 4 der gelben Warenbezugskarte III 100 gr Rindfleisch — Preis 55 Pf. für 1 Pf., 11 Pf. für 100 gr —. Die Entnahme hat zu 1) bis spätestens den 22. laufenden Monats, zu 2) bis spätestens den 24. laufenden Monats

zu erfolgen. Bestandsanzeigen sind bis zum 26. laufenden Monats früh hierher einzuliefern. Großenhain, am 15. November 1917.

18 f III. Der Kommunalverband.

Viehlisten in Gröba.

Sämtliche Viehhalter werden hiermit aufgefordert, die seit 1. September 1917 erfolgten Zu- und Abgänge in ihrem Viehbestande im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 12, sofort zu melden.

Die Angaben müssen genau den Tatsachen entsprechen, da dieselben bei der am 1. Dezember ds. J. stattfindenden Viehzahlung auf ihre Richtigkeit hin geprüft werden. Gröba, Elbe, am 15. November 1917.

Der Gemeindevorstand.

Zieheltern

für 5 jähriges Mädchen und 3 jährigen Knaben gesucht. Meldungen werden umgehend erbeten an Gemeindevorstand in Gröba.

...in der Tat die deutsche ...

Der Wiener „Bund“ zur Kriegslage. X Berni Stegmann schreibt im „Bund“ zur Kriegslage u. a.:

London. Die neuen Erklärungen Bonar Law über die Weiterdauer des Krieges sind von Wichtigkeit begleitet, die eine sprunghafte Erhöhung der militärischen und wirtschaftlichen Anstrengungen mit sich bringen.

Wien. Seit vorgestern ist die ganze vielgerühmte im Eugana-Tal gelegene „Barricata“ unter Einwirkung mehrerer tausend Gefangener in der Hand der österreichisch-ungarischen Angriffstruppen.

Wien. Seit vorgestern ist die ganze vielgerühmte im Eugana-Tal gelegene „Barricata“ unter Einwirkung mehrerer tausend Gefangener in der Hand der österreichisch-ungarischen Angriffstruppen.

Argentinien Neutralitätspolitik. Bern. In einer Botschaft des Präsidenten von Argentinien an den nationalen Jugendbund, der einen Bruch mit Deutschland verlangt hatte, wendet sich der Präsident entschieden gegen die Verheerungspolitik, die die beiden befreundeten Länder in den Krieg zu treiben ver-

...in der Tat die deutsche ...

Der Wiener „Bund“ zur Kriegslage. X Berni Stegmann schreibt im „Bund“ zur Kriegslage u. a.:

London. Die neuen Erklärungen Bonar Law über die Weiterdauer des Krieges sind von Wichtigkeit begleitet, die eine sprunghafte Erhöhung der militärischen und wirtschaftlichen Anstrengungen mit sich bringen.

Wien. Seit vorgestern ist die ganze vielgerühmte im Eugana-Tal gelegene „Barricata“ unter Einwirkung mehrerer tausend Gefangener in der Hand der österreichisch-ungarischen Angriffstruppen.

Wien. Seit vorgestern ist die ganze vielgerühmte im Eugana-Tal gelegene „Barricata“ unter Einwirkung mehrerer tausend Gefangener in der Hand der österreichisch-ungarischen Angriffstruppen.

Argentinien Neutralitätspolitik. Bern. In einer Botschaft des Präsidenten von Argentinien an den nationalen Jugendbund, der einen Bruch mit Deutschland verlangt hatte, wendet sich der Präsident entschieden gegen die Verheerungspolitik, die die beiden befreundeten Länder in den Krieg zu treiben ver-

Argentinien Neutralitätspolitik. Bern. In einer Botschaft des Präsidenten von Argentinien an den nationalen Jugendbund, der einen Bruch mit Deutschland verlangt hatte, wendet sich der Präsident entschieden gegen die Verheerungspolitik, die die beiden befreundeten Länder in den Krieg zu treiben ver-

...in der Tat die deutsche ...

Der Wiener „Bund“ zur Kriegslage. X Berni Stegmann schreibt im „Bund“ zur Kriegslage u. a.:

London. Die neuen Erklärungen Bonar Law über die Weiterdauer des Krieges sind von Wichtigkeit begleitet, die eine sprunghafte Erhöhung der militärischen und wirtschaftlichen Anstrengungen mit sich bringen.

Wien. Seit vorgestern ist die ganze vielgerühmte im Eugana-Tal gelegene „Barricata“ unter Einwirkung mehrerer tausend Gefangener in der Hand der österreichisch-ungarischen Angriffstruppen.

Wien. Seit vorgestern ist die ganze vielgerühmte im Eugana-Tal gelegene „Barricata“ unter Einwirkung mehrerer tausend Gefangener in der Hand der österreichisch-ungarischen Angriffstruppen.

Argentinien Neutralitätspolitik. Bern. In einer Botschaft des Präsidenten von Argentinien an den nationalen Jugendbund, der einen Bruch mit Deutschland verlangt hatte, wendet sich der Präsident entschieden gegen die Verheerungspolitik, die die beiden befreundeten Länder in den Krieg zu treiben ver-

Argentinien Neutralitätspolitik. Bern. In einer Botschaft des Präsidenten von Argentinien an den nationalen Jugendbund, der einen Bruch mit Deutschland verlangt hatte, wendet sich der Präsident entschieden gegen die Verheerungspolitik, die die beiden befreundeten Länder in den Krieg zu treiben ver-

Mausfall - Marie. Roman von Friedrich Sch. von Dindlage. 18. Fortsetzung. „Nichts für ungut, junger Herr“, erwiderte der Kapitän gutmütig.

...in der Tat die deutsche ...

...in der Tat die deutsche ...

Hintermauerungssteine. größere Posten für Kriegsbauten gesucht. Demuterte Gießereien an Karl Stahl, Am. Sei., Berlin-Galester. Wohnungsangebote: Ein Haus von kleinem blauen Handwagen an der Elbstraße veräußern. Wohnung bis 300 Mark. Artillerist sucht möbl. Zimmer. Möbl. heizbares Zimmer. Ein möbl. Zimmer.

Landes-Sammlung — Deutschlands Spende — für Säuglings- und Kleinkinderschutz.

6 Monate vorläufige aus den Reihen seiner im kräftigsten Mannesalter stehenden Söhne hat Deutschland in mehr als dreißigjährigem harten Kampfe zu beklagen. Diese Verluste gilt es mit allen Mitteln nach Möglichkeit wieder auszugleichen. Ohne eine planmäßige großzügige in alle Teile des Reiches dringende Fürsorge für Säuglinge und Kleinkinder kann dieses Ziel aber nicht erreicht werden. Übersteigt doch die Sterblichkeit der frühesten Lebensalter in Deutschland noch erheblich die anderer Kulturstaaten. Durch Schutz und Erhaltung eines gesunden Nachwuchses wird Deutschlands Zukunft gesichert. — Wie in allen anderen deutschen Bundesstaaten findet auch in unserem Sachsenlande mit Genehmigung des Ministeriums des Innern für die Zwecke der Säuglings- und Kleinkinderschutz eine allgemeine Landesammlung statt. — Osterstage sind der 16., 17. und 18. November 1917. Der Ertrag der Landesammlung ist bis auf einen geringen Prozentsatz für Verwaltungskosten von Deutschlands-Spende ausschließlich für die sächsischen Gemeinden zur ausgleichenden Unterhaltung für ihre städtischen dem Säuglings- und Kleinkinderschutz dienenden Einrichtungen bestimmt. — Spenden werden entgegengenommen von den Staats- und Gemeindefassen, Sparkassen und Bankanstalten. Hauptkassenstelle ist die Dresdner Bank in Dresden. — An alle richten wir die herzlichste Bitte, durch reichliche Spenden die vaterländischen Zwecke der Sammlung zu unterstützen und zu fördern.

Der Landesauschuß Königreich Sachsen von „Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz“.

Staatsminister Dr. Graf Bismarck von Götzdorf, Vorsitzender.

Kelmer, Direktor der Dresdner Bank in Dresden, Schammler, Müller, Oberbürgermeister, Dresden, v. Burgsdorf, Czeliens, Kreishauptmann, Leipzig, v. Craushaar, Kreishauptmann, Bautzen, v. Carlowitz, Frau Oberst, Großhartmannsdorf, Dr. Dippe, Sanitätsrat, Leipzig, Dr. Dittich, Hauptmann, Jockau, Dr. Georgi, v. d. Wohnungspflegerin der Amtshauptmannschaft Dresden-N., Dr. Hallbauer, Geheimrat, Kellner, Bundesrats-Bevollmächtigter, Berlin, Dr. Heubner, Geheimrat, Ministerialdirektor, Dresden, Dr. Köhler, Stadtrat, Leipzig, Dr. Krug v. Nidda und von Falkenstein, Kreisoberamtsrat, Dresden, Dr. Kunz, Geheimrat, Ministerialdirektor, Dresden, Dr. Lorenz, Geheimrat, Finanzrat, Dresden, Löffler, Kreisoberamtsrat, Chemnitz, Mendelssohn-Bartholdy, Frau Edith, Vorsitzende des Leipziger Kruppenvereins, C. R., Leipzig, v. Nostitz-Drzewicki, Sächs. Gesandter, Berlin, Dr. Rentz, Geheimrat, Prof., Präsident des Landesgesundheitsamts, Dresden, Dr. Schmalz, Geheimrat, Ministerialdirektor, Dresden, Dr. Thiemich, Prof., Direktor der Universitäts-Kinderklinik und Poliklinik, Leipzig, Graf Bismarck v. Götzdorf, Czeliens, Oberstmarshall, Präf. der 1. Kammer, Lichtenwalde, Gräfin Bismarck v. Götzdorf, Czeliens, Frau Staatsminister, Dresden, Dr. Vogel, Geheimrat, Präf. der 2. Kammer, Dresden.

Vereinsnachrichten

2. Militärverein Jäger und Schützen. Morgen Freitag, abends 9 Uhr Monatsversammlung mit Prämienziehen im Vereinslokal.

Stammtisch zum Kreuz Nr. 77.
Die tagungsgemäß abzubehaltende 2. Generalversammlung findet Sonnabend, den 17. November 1917, abends 9 Uhr im Kaffeehaus statt.
T. C.: 1. Weihnachtsbescherung.

2. Freie Vorträge.
Um gütigen Besuch bittet
Der Vorstand.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

16.-18. Nov.
Wätere Winterzeit im Zeichen der Kronenkrone!
Ein Abenteuer des Detektivs Tom Scharf.

Der Mann im Havelod.

4 Akte hindurch eine bewegte Handlung. In der Hauptrolle der unerlöschliche Detektiv Tom Scharf: Alwin Neuhöfer, der uns einen interessanten Abend verschafft.

Die Direktion: Anna Bach.

Gasthof Merzdorf.

Am Sonntag, d. 18. November nachm. 4 u. abends 8 Uhr
große Theater-Varieté-Vorstellung.

Glänzender Weltstadt-Evilblau.
4 Uhr: Familien und Kinder-Vorstellung.

Der Quarkverkauf

findet morgen Freitag, den 16. Nov., nachm. im Geschäft
Wettinstraße 24 gegen Sperma für die Nummern
1-175 der Kundenliste statt.

Wollereigenenschaft Niefa, t. G. m. b. H.

Lose.

172. Aufl. Sächs. Landeslotterie.
Ziehung 1. Klasse am 5. und 6. Dezember
der 1917 in haben bei
Eduard Geberling,
Königl. Staatslotterie-Einnahme.

Die Städt. Beamtenkasse zu Herrhan
nimmt Anmeldungen für Offern schon jetzt entgegen. Schul-
bricht mit Anmeldebogen und versendet auf Wunsch
der Beamtenkassendirektor.

Achtung! Schlachtpferde!

Sucht jederzeit zu kaufen. Bei Koffschlachten
sowohl, zur Stelle. Bean. Transparenz.
Weiterverkauf findet nicht statt.
Albert Mohlhorn, Gröba.
Telephon Niefa Nr. 682.

Hobelbänke, Tischler-Werkzeug

Goldindustrie-Werke, Krasdorf i. Sa.
Mahltohle (Sörderlohle)

von vorzüglicher Leistung. Ist, wenn möglich, an Maschinen
ab Döbendorf Gröba, Krasdorf, Krasdorf, Dresden, etc.

Der Freitag, den 16. d. M. zur Aufführung kommende

„Bunte Abend“

Ist ausverkauft! — Abendkasse findet nicht statt!

16-17 jähriges, eheliches und
kräftiges Mädchen
für sofort od. 1. Dez. gesucht.
E. Schneider,
Waldhof Wälsdorf.

Frau oder Fräulein
wird zum Zeitungstragen als
Rebenverdienst sof. gesucht.
In ertragen Goethestr. 41.

Schmiedelehrling
findet ante Lehrstelle in der
Schmiede zu Schafau.
H. Müntzer, Schmiedemeister.

Kaufmann
22 Jahre (g. v. S. Büro)
sucht Stellung. Off. Offert.
unter Q 9 66 an das Tage-
blatt Niefa.

Einige Arbeiter
und Frauen
steht sofort ein
Kunstmännchenlager
Gröba-Garten.

Geschäftsgrundstück
in der Umgegend zu kaufen
gesucht event. Miete oder
Pacht. Offerten mit Q 9 63
an das Tageblatt Niefa.

Hausgrundstück
in Umgegend von Niefa zu
kaufen gesucht. Off. unter
Q 9 63 an das Tagbl. Niefa.

Vandhaus
3 Schlaf. Feld,
an Garten,
zu verkaufen. In ertragen
im Tageblatt Niefa.

Zu verkaufen Garten-
Zwergschweizer (Milleleur),
2 Hähne u. 12 Hennen (1916
u. 1917 Frühlings), gesunde,
gesunde Tierchen, fleißige
Lege Schillerer. Q. S. r.

guter. Kinderwagen
zu kauf. gesucht. Off. erb. u.
Q 9 66 an das Tagbl. Niefa.

Guterhaltener
Puppenwagen
zu kaufen gesucht. Off. unt.
Q 9 64 an das Tagbl. Niefa.

Puppenwagen
zu kaufen gesucht.
Angebote unter Q 9 60 an
das Tageblatt Niefa.

In dem Winterfahren treten vom 18. November an
bis auf weiteres an Sonn- und Festtagen Einschränkungen
ein. Gleichzeitig werden auch einige Änderungen einge-
führt, auf die hierdurch besonders hingewiesen wird. Näheres
hierüber kann auf den Stationen aus einem Aushang er-
sehen werden.
Kgl. Gen.-Dir. der Sächs. Staatseisenbahn.

Schlacht-Pferde
kauft jederzeit Otto Gundermann,
Hofschlächter, Niefa. — Telephon 273.

Ihre Kriegstraue geben bekannt
Bruno Schirmer und Frau
Lina geb. Rudolph.
Nänchritz, am 15. Nov. 1917.

Unsere Hoffnung auf ein Wiedersehen
ist vernichtet!
In unsagbarem Weh teilen wir mit,
dass mein lieber Sohn, unser guter Bruder,
Schwäger, Onkel, mein mir unvergesslicher lieber
Bräutigam

Max Paul Jobst

Geheimer im Res.-Inf.-Regt. 170. 8. Komp.
Inhaber des Friedrich-August-Medaille und des
Ehrenkreuzes 2. Klasse,
den Heldentod erlitten hat. Er wurde am 28. 10.
schwer verwundet und ist am 5. 11. in einem Feld-
lazarett seiner schweren Verwundung erlegen und
wurde auf einem Feldhof beerdigt. Er stand seit
Anfang des Krieges im Felde und kostete im feinen
Gottvertrauen auf eine glückliche Heimkehr. Wer
ihn und sein sonstiges, lebensfrohes Wesen, seine
große Herzgüte und unser inniges Familien-
leben kennt, wird unser tiefes Herzleid verstehen.
Die Liebe hört nimmer auf!
In tiefster Schmerz
Marie verw. Jobst und Geschwister
Emma Albrecht als Braut.
Stößig, Mannschlag, am 14. November 1917.

Für die uns in so zahlreicher Weise
erwiesene herzliche Anteilnahme bei dem
schweren Verluste unseres auf dem Felde
der Ehre gefallenen, unvergesslichen, lieben
Sohnes, Bruders, Bräutigams, Schwagers und
Neffen

Richard Seidel

sprechen wir nur hierdurch allen unsern herzlichsten
Dank aus.
Niefa, im November 1917.
In tiefer Trauer
Familie Max Seidel
Familie Curt Melwald, Borna.

1 gut gehender
Zug-Ochse.
fester Rieder, ist
ganz billig zu verkaufen.
Georg Otto, Ohrsau.

Aus dem Abbruch von
2 großen Ziegel-
Troockenschuppen
sollengefunde Bauhölzer als
Balken und Untersäue, ca.
21/30 cm stark, 9,5 m lang, so-
wie anfallendes Brennholz
versteigert werden. Angl. erb.
an Fürstlich-Schönburg'sches
Amt Gaueritz i. Sa.

Hon kauft

Richard Boden, Hilsfabrik
u. Weingroßhandlung, Niefa.

Halbhaise,

guterhalten, zu verkaufen in
Dobersitz Nr. 10.

6 gebr. Bettst.

mit und ohne Matrasen,
1 Küchenstuhl,
1 Küchenschrank, 1 Tisch,
1 Ziegel sofort zu verkaufen
Gröba, Schulstr. 7.

Dreizehig- Verkauf

von morgen früh an bei
Max. Gröba, Strabe
25, Erbkasse 25.

National Kontrollkassen

mit Totaladdition zu kaufen
gesucht. Offerten mit J D 13405
an das Tageblatt Niefa.

Fahrpläne

in Aushangform und
Taschenformat empfiehlt
Geschäftsstelle
des Niefaer Tageblattes
Goethestraße 59.

Morgen Freitag früh
frische Seefische.
Clemens Bürger,
Fischhandlung.
Freitag früh empfehle
frische Seefische.
Carl Jäger, Gröba.
Die heutige Nr. umfasst
6 Seiten.

Beilage zum „Niesner Tageblatt“

Nr. 266.

Donnerstag, 15. November 1917, abends.

70. Jahrg.

Austritt des Cabinetts Painlevé.

Agence Havas meldet aus Paris: Nach Besprechung von Interpellationen über die diplomatische und militärische Lage nahm die Kammer mit 250 gegen 192 Stimmen eine Vertrauensabstimmung für die Regierung an. Nach Schluß der Kammer trat das Ministerium zurück.

Eine weitere Savas-Meldung lautet: Die Regierung verbleibt in der Kammer die Verlegung der Interpellationen über die gerichtlichen Zustände. Die Kammer lehnte die Verlegung mit 277 gegen 186 Stimmen ab, worauf das Ministerium zurücktrat.

Eine von Painlevé vorher in der Kammer abgegebene Erklärung besagt u. a.: Schwerwiegende Ereignisse der letzten Zeit veranlaßten die Regierung, eine Erklärung abzugeben. Einerseits haben sich die Extremisten von Petersburg dieser Stadt vorübergehend bemächtigt, andererseits haben die Russen an der Ostfront den Deutschen erlaubt, viele Divisionen auf den italienischen Kriegsschauplatz zu entsenden. Die italienische Nordfront ist durchbrochen worden und die zweite italienische Armee hat auf ihrem vorderen Teil erhebliche Verluste erlitten. Besondere Bedenken erregt die Verlegung der englischen Truppen jenseits der Alpen. Die Nationen, die die Westfront von der Nordsee bis zur Adria hielten, können nur auf Grund eines gemeinsamen Planes und enger Verbindung ihrer Heere ihre Aufgabe lösen. Dieses Bestreben führte durchweg zur Vereinheitlichung der kriegsrechtlichen Tätigkeiten Englands, Frankreichs und Italiens, in einem gemeinsamen obersten Kriegsrat, zu dem jede Regierung zwei Vertreter entsendet. Auch England und Frankreich sehen diese Einrichtung als einen ungeheuren Fortschritt an. Bezüglich der Verlängerung der englischen Front erklärte Painlevé, daß ein vorläufiges Einverständnis zwischen den beiden Oberbefehlshabern getroffen worden sei. Gerade jetzt angeht die Kriegsorganisation der Westfront weitere Jahrgänge zu entsenden, sei unzulässig. Bezüglich eines gemeinsamen planmäßigen Vorgehens in der Verlegung der verbündeten Länder mit Lebensmitteln sei bereits ein Einverständnis erreicht. Sparsamkeit sei nötig, behufs Ersparnis von Schiffraum zur Ueberführung amerikanischer Truppen. Frankreich werde sich weber durch Drohungen des Feindes noch durch Kriegsglücksfälle erschüttern lassen, bis es die Forderungen der Gerechtigkeit und seinen Willen durchgesetzt habe. (Lebhafter Beifall.)

Painlevé erklärte sodann, jede Interpellation diplomatischer oder militärischer Natur anzunehmen, weigere sich aber, Fragen der inneren Politik zu erörtern. Der gemäßigtere Sozialistenführer Renaudel forderte Painlevé auf, die Kammer seine in London und Italien betriebene Politik wissen zu lassen.

Painlevé antwortete, die Kammer möge selbst erklären, ob die Regierung die nötige Autorität zur Vertretung Frankreichs auf der gemeinsamen Beratung der Verbündeten habe. Selbst bei Ernennung eines Oberbefehlshabers könnte dieser nur mit dem gemeinsamen ständigen Generalstab zusammenarbeiten, der die größten Dienste leisten werde. Die Lage in Italien erklärte Painlevé für vorteilhaft. Die Regierung werde vor seiner Verantwortung zurücktreten, um der Lage die Stirn zu bieten. Auch die Verbündeten würden dann nicht zögern, ihre Pflicht zu tun.

Nachdem die Kammer, wie bereits gemeldet, die von der Regierung angenommene Tagesordnung mit 250 gegen 192 Stimmen angenommen hatte, verlangte Painlevé die Verlegung des Zeitpunktes der Besprechung der Interpellation über die innere Politik und über verlässliche schwebende gerichtliche Verfahren bis nach der Beratung der Verbündeten. Painlevé bestand auf Verlegung der Interpellationen auf den 30. November, worauf die Beratung der Interpellationen von der Kammer mit 277 gegen 186 Stimmen abgelehnt wurde. Die Mitglieder der Regierung verließen hierauf inmitten großer Bewegung den Saal.

Painlevé und Lloyd George haben, wie wir gestern berichteten, nach ihrer Rückkehr aus Italien bei einem Frühstück über ihre Reiseindrücke berichtet. Vielleicht war es ein Fehler, daß sie nicht zuerst vor ihren Parlamenten Rechenschaft ablegten. Denn Meldungen aus London verraten, daß Lloyd George seine Pariser Offenherzigkeiten vielleicht eben so zum Fallstrick werden können, wie Painlevé die sozialen Gemeinplätze, die er in seiner Frühstückrede aufgestellt hat. Man zweifelt im Entenlager, ob Heuschickung eines Oberkriegsrates eine halbwegs befriedigende Lösung des Widerstreits zwischen dem dringlich gewordenen Vereinbarungsbehörden und der Eigenliebe der Nationen werden kann. Unschwer hat Lloyd George die Unwahrscheinlichkeit der auf den Kriegsrat gestellten Hoffnungen klarer herausgeholt, als Painlevé. Daher kann seine Rede so viel schmerzlicher als die am gleichen Tage von dem Franzosen gehaltenen. Und mit seinen Zweifeln hat er dem Kollegen das Grab gegraben — ob auch selbst, muß der Empfang lehren, den das Unterhaus seinen Darlegungen bereiten wird.

Indessen hat die französische Kammer es doch nicht auf sich genommen, den Ministerpräsidenten ob dieser militärischen Frage zu stützen. Die Entscheidung fiel in einer innerpolitischen Frage, der der schwebenden Hochvertragsprozedur. Im Hintergrund aber dieses Sabers über Nebenfragen lautet der stille Kampf zwischen der Friedens- und der Kriegspartei.

Holländische Pressestimmen zur französischen Ministerkrise.

Die holländische Presse weist bei der Besprechung der französischen und des oben englischen Ministerkrise auf die italienische Niederlage hin, die nun ihren Niederschlag in den Entente-Kabinetten geltend macht. „Nieuwe van den Dag“ schreibt, daß zweifellos niemand in Frankreich zögern würde, noch einige schwierige Monate durchzuhalten, wenn es wirklich nur noch einige Monate wären, und wenn die englischen und französischen Staatsmänner nicht schon so oft mit solchen Aussichten über einen baldigen Frieden und einen sehr baldigen Zusammenbruch der Mittelmächte gekommen wären. Painlevé, so schreibt das Blatt, ist zurückgetreten. Wird Lloyd George seinem Beispiel folgen? Mit einer Sturmwind von Worten versuchte er in seiner Rede in Paris die Unruhe Englands und Frankreichs über den Verlauf, den die Dinge in Italien und Rußland genommen haben, zu verbergen. Aber sein Versuch glückte nicht. Aus dem ganzen Auftreten der englischen und französischen Staatsmänner geht hervor, wie gewaltig sie durch die Niederlage in Italien erschüttert worden sind. Das Blatt hält es für fraglich, daß es möglich sein wird, eine Politik im Unterhaus auf eine Regierung auszuüben, deren Ministerpräsident selbst nachdrücklich seine Untauglichkeit eingestanden hat. „Dandelsblad“ ist die Art und Weise,

wie Lloyd George Rede in England aufgenommen wurde, ein deutliches Zeichen dafür, daß die Friedensstimmung in England zunimmt, und auch in Frankreich werden das Gefühl immer stärker, daß es so hoch nicht weiter gehen könne. Die französische Kammer von gestern habe ein sehr merkwürdiges Bild von der Lage gegeben.

Aufregung in England über die Rede Lloyd Georges.

„Allgemeines Landblatt“ meldet aus London vom 13. November: Die Pariser Rede Lloyd Georges hat im Parlament und im Publikum außerordentlich große Aufregung verursacht. Die Parlamentsberichterstattung der Blätter erklären, daß die Rede den ausschließlichen Gesprächsstoff in den Wandelgängen des Parlaments bildete. Die Ansichten darüber gehen auseinander. Einige sind der Meinung, daß, wenn eine solche Rede überhaupt notwendig war, sie in einer geheimen Sitzung des Unterhauses gehalten werden mußte. Andere erklären, daß Lloyd George für die Verbündeten gesprochen habe. Der Premierminister, der jetzt wieder in London ist, wird heute im Unterhaus erscheinen; wahrscheinlich wird er eine Erklärung abgeben. Die Blätter schwanen vorläufig noch und wissen nicht, wie sie sich stellen sollen. Im allgemeinen scheint man der Ansicht zu sein, daß die Stellung des Premierministers geschwächt ist.

Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt das englische liberale Abendblatt „Star“, in einem Leitartikel über die Rede Lloyd Georges: Wir halten die Rede Lloyd Georges für einen beauerlichen Fehler. Sie ist hysterisch, ungenau und voller Widersprüche. Lloyd George versucht zu beweisen, daß die italienische Katastrophe auf Mangel an Einheit zurückzuführen sei. Die Wahrheit über Italien ist, daß eine seiner Armeen verlag hat. Kein Kriegsrat hätte diese Tatsache anwenden können. „Globe“ schreibt: Was uns anbelangt, so können wir nur unsere Genugtuung darüber ausdrücken, daß Lloyd George zugeht, daß er nicht die einzige mögliche Premierminister ist. Was er in Paris sagte, hat ihn in seiner wahren Gestalt gezeigt. Er ist noch immer ein gefährlicher Volksmann und in seinen Methoden nicht allzu wählerisch. Es ist besser, 1000 Lloyd Georges zu verlieren, als den Krieg zu verlieren. — „Nicolson“ schreibt im „Daily News“ vom 13. November: Die Rede Lloyd Georges hat einen sehr ernsten politischen Zustand geschaffen. Die konservativen Mitglieder des Cabinetts sind fast ohne Ausnahme vor allem darüber unangehalten, daß nicht jeder über den Inhalt der Rede um Rat gefragt wurde. Selbst wenn sie die Rede gebilligt hätten — und das tun sie nicht — hätten sie es grundsätzlich für richtig gehalten, daß sie in London und nicht in Paris gehalten wurde. Die konservative Partei im Unterhaus steht der Rede, die mehrere ihrer Mitglieder der deutschen Propaganda beizugehen, feindlich gegenüber. Man fürchtet, daß sie in den Vereinigten Staaten und in den neutralen Ländern eine schlechte Wirkung haben werde. Nach dem parlamentarischen Mitarbeiter des Daily Telegraph wurde in unorthodoxen Kreisen und unter den äußeren Radikalen von einer bevorstehenden Krise gesprochen.

Die „feigen“ Italiener sollen ihrem Schicksal überlassen werden.

Die Pariser Rede Lloyd Georges hat, soweit im Haag vorliegende englische Blätterstimmen zeigen, in London eine Wut hervorgerufen, die sich aus der Rede allein nicht erklären läßt. Sie ist vielmehr der Ausdruck des Wroths und der Enttäuschung über die plötzlich hereinbrechende Katastrophe und des Wunders über die Staatsmänner, deren solche Reden das Land treffen.

Aus einwandfreier Quelle kann der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ mitteilen, daß in England bis in die höchsten Kreise hinein eine merkwürdige Erbitterung gegen Italien herrscht; ganz im Gegensatz zu dem, was öffentlich gesagt wird, versichert man dem Korrespondenten, man kammere sich in diesen Kreisen keinen Visierling mehr um die Eroberungsidee Italiens. Die Errichtung eines obersten Kriegsrates der Alliierten zur Errettung Italiens als erstes Ziel findet wenig Anklang. Im Gegensatz zu Lloyd George verlangen diese bis jetzt nicht an die Öffentlichkeit gelangten Stimmen, daß man die feigen Italiener ihrem Schicksal überläßt, und beim Friedensschluß an sich selbst denken soll. Etwas zurückhaltender bestimmt sich unter den Blättern noch die Times. Sie sagt, daß Lloyd Georges Auffassung von Strategie oft ver schwommen sei und im Widerspruch zu den tatsächlichen Interessen stände. Aber es sei wenigstens gut, daß er gerade heraus seine Meinung gesagt habe, ohne daß sie durch all die hundert unterirdischen Kanäle hindurchsickern mußte.

Die Vorgänge in Rußland.

Ein Manifest Trozki's.

Reuter meldet vom 13. November: Folgendes ist der vollständige Bericht über die angebliche Niederlage Kerenskis, wie er in einem drahtlosen Telegramm gemeldet wurde:

Gestern hat die revolutionäre Armee nach einem erbitterten Kampfe bei Jaroslavl Sleslo die gegenrevolutionären Truppen unter Kerenskis und Kornilow vollständig besiegt! Im Namen der revolutionären Regierung befehle ich, allen Feinden der revolutionären Demokratie Widerstand zu bieten und alle für die Verhaftung Kerenskis notwendigen Maßnahmen zu treffen. Auch verbiete ich ähnliche Unternehmungen, die das Gelingen der Revolution und den Triumph der revolutionären Armee in Gefahr bringen. — gen. Murawjow, Oberbefehlshaber der gegen Kornilow kämpfenden Truppen.

Die Nacht vom 12. November wird in der Geschichte fortleben. Auf Kerenskis Verlust, gegenrevolutionäre Truppen gegen die Hauptstadt vorrücken zu lassen, ist eine entscheidende Antwort gegeben. Kerenski zieht sich zurück und wir ergreifen die Offensive. Die Soldaten, Matrosen und Arbeiter von Petersburg wissen, daß sie mit den Waffen in der Hand ihrem Willen und der Demokratie zum Siege verhelfen müssen, und sie werden das tun. Die Bourgeoisie hat getrachtet, die Armee von der Revolution zu scheiden. Kerenski hat versucht, sie durch die Macht des Kosaken zum vernichten. Beide Versuche sind mißglückt. Arbeiter und Bauern! Der große Gedanke der Oberherrlichkeit der Demokratie hat alle Künge in der Armee vereinigt, und ihren Willen gestiftet. Das ganze Land wird sehen, daß die Herrschaft der Sowjets nicht nur vorübergehender Natur ist, sondern eine unabänderliche Tatsache, und daß sie die Uebermacht der Arbeiter, Soldaten und Bauern bedeutet.

Kerenski Widerstand leisten, heißt, den Grundbesitzern, der Bourgeoisie und Kornilow Widerstand leisten. Kerenski bekämpfen, bedeutet auch die Befreiung des Reiches des Bolkes auf Frieden, Freiheit, Land, Brot und Recht. Die Bolschewisten haben durch einen

tabären Schlag die Sache der Revolution der Arbeiter und Bauern gefährdet. Es darf keine Rückkehr zur Vergangenheit mehr geben. Wir müssen noch kämpfen und uns aufopfern, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Aber der Weg ist jetzt frei und der Sieg sicher. Das revolutionäre Rußland und die Sowjets haben ein Recht darauf, auf ihre Bolschewisten, die unter dem Befehl des Obersten Walden stand, stolz zu sein. Laßt uns allezeit der Gefallenen gedenken und die Kämpfenden verberlichen. Lang Lebe das revolutionäre, demokratische und sozialistische Rußland! Im Namen der Volkskommissare: gen. Trozki.

Das von dem alten russischen Revolutionär Trozki unterzeichnete erste förmliche Siegesmanifest des Sowjets wird als bemerkenswertes Zeugnis in der Erinnerung fortleben, mag auch eine entscheidende Wendung im Bürgerkrieg noch ausbleiben. Denn Trozki zieht, während bisher immer nur von den Parteiangern des Arbeiter- und Soldatenrats sowie deren imperialistisch gerichteten Gegnern die Rede war, zum ersten Mal einen sozialen Trennungskrieg, indem er den Arbeitern, Soldaten und Bauern die Sozialgrundbesitzer und die Bourgeoisie gegenüber stellt. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß die in die Tiefe greifende Umwälzung in Rußland von der „Bande von Verdrütern“, wie englische amtliche Kreise die russischen Demokraten bezeichnen, als eine innerweltliche Angelegenheit betrachtet wird, die nur noch in loser Beziehung zum Kriege steht. Indem Trozki die Notwendigkeit betont, weiterzukämpfen, die Hindernisse zu überwinden und sich selbst zu opfern, steckt er also Richtlinien für eine Entwicklung ab, die dem sozialen Befreiungskampf ein entscheidendes Ziel weist. Gewiß erscheint also, daß Rußland noch für geraume Zeit ein schweres Sorgenkind für die Weltmächte und Amerika sein wird, weniger in militärischer Hinsicht — an Wiedergeburt kriegerischer Aktionsfähigkeit Rußlands ist kaum zu denken —, als, weil die Entente die Gefahr vergrößert sieht, daß ihre an Rußland geliehenen vielen Millionen Geldes in den Raubgang zu schreiben sind. Selbstverständlich im übrigen, daß es eine Ungewissheit für die Sache des Friedens bedeuten würde, wenn die Bolschewisten die Oberhand behalten.

Das eine Klarheit über die Vorgänge noch immer nicht zu gewinnen ist, zeigt folgende Meldung:

Kerenski flieht!

London, 14. November. Reuter erfährt, daß an maßgebender Stelle ein vom 13. November datiertes Telegramm aus Stockholm eingetroffen ist, welches besagt: Das finnische Telegraphen-Bureau teilt mit, daß Kerenski jetzt in Petersburg ist und so gut wie die ganze Stadt besetzt hat. Moskau ist das Hauptquartier der vorläufigen Regierung. Die Bolschewisten behaupten nur noch einen kleinen Teil Petersburgs. Sonst ist ganz Rußland in den Händen der vorläufigen Regierung. Die Kosaken haben die rote Garde aufgerieben.

England vertweigert die Anerkennung Sowjets.

Reuter meldet: Amtliche Kreise in London können die Bande von Berrätern, die zeitweilig in Petersburg die Oberhand bekommen haben, nicht anerkennen.

Da es sich um eine Reutermeldung handelt, darf man annehmen, daß sie die Auffassung der englischen Regierung wiedergibt, die möglicherweise Nachrichten ihres Botschafters besitzt, daß die Aussichten der Bolschewisten nicht günstig sind.

Das halbamtliche Wiener Fremdenblatt zum russischen Friedensangebot.

Gegenüber der mißverständlichen Auslegung, als ob der am 10. 11. veröffentlichte Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte bereits einen russischen Friedensvorschlag bilde, sodas es jetzt an der österreichisch-ungarischen Regierung liege, hierzu Stellung zu nehmen, stellt das „Fremdenblatt“ auf Grund von Informationen von unterrichteter Seite fest, daß eine derartige Auffassung natürlich unrichtig ist. Der Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte bedeutet nicht einen Friedensvorschlag selbst; er ist eine Anweisung an die russische Regierung, im Sinne dieses Beschlusses an die Regierungen der kriegführenden Staaten mit einem Friedensvorschlag heranzutreten. Tatsächlich ist ein solcher Friedensvorschlag bis zur Stunde weder in Wien, noch in Berlin eingetroffen, und es liegen den Mittelmächten auch nicht Vorschläge der russischen Regierung wegen eines Waffenstillstandes vor. Erst dann, wenn es sich entschieden haben wird, ob die Maximalisten im Kampfe durchdringen, wird der Augenblick gekommen sein, in dem die neue russische Regierung ihre Friedensvorschläge erhalten und unsere Regierung zu ihrer Stellung nehmen kann. Sollten aber die Maximalisten die Oberhand behalten, dann wird unsere Regierung sofort das Eingetretene mit den Verbündeten herstellen. Wie es schon im Leitartikel des „Fremdenblattes“ ausgedrückt ist, kann das Programm des Kongress den Ausgangspunkt für ernste Friedensverhandlungen mit der russischen Regierung bilden. Der gerechte Friede ohne Annexionen und Kontributionen, den es im Auge hat, ist auch das Ziel der österreichisch-ungarischen Regierung.

Kriegsnachrichten.

Von der italienischen Front.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird und geschrieben: Der fortschreitende Gang unseres Angriffsunternehmens in Italien, das zu der ungeheueren Katastrophe des italienischen Heeres geführt hat, ist auch jetzt noch nicht zum Stehen gekommen. Zwar trennt der breite Abschnitt der hochgehenden Blau die beiden Streitmassen noch immer, die sich nur mit Geschützfeuer begnügen, aber im Gebirge westlich des Flusses rücken unsere Heere trotz aller Schwierigkeiten, die schroffe Höhen, Wasserwerke und Schnee ihnen entgegenstellen, unaufhaltsam der Ebene zu. Feltr, Brimolani (im Sogunatal auf italienischem Boden) sind besetzt, das Panzerwerk auf dem Monte Viser (südlich des Sogunatales) erklärt worden; südlich Soguna in den Siebengemeinden wurden ragende Höhenstellungen dem Gegner entziffen. Im übrigen wollen wir nicht übersehen, daß auf der immer enger werdenden Front unsere Truppenmassen sich zusammenschließen. Dadurch werden natürlich neue Maßnahmen der Heeresleitung erforderlich.

Der Kaiser an der italienischen Front.

Der deutsche Kaiser ist am 12. Nov. auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz eingetroffen, wo er vom Kaiser Karl empfangen wurde. Bald nachher traf König Ferdinand der Bulgaren ein. Es kam zu einer längeren Begegnung der drei verbündeten Oberherren. Nach herzlicher Begrüßung setzte der deutsche Kaiser die Fahrt an die Front fort. Kaiser Karl hat sich am 13. Nov. früh an den Standort Kaiser Wilhelms begeben und hat ihn dort zu einer Fahrt nach Görz und Aquileja abgeholt. Die Fahrt führt über die Ruinenstätte unserer Jangsovertheidigung. Die beiden

Der Reichstag
Mittwoch den 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Der Reichstag

Mittwoch den 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Die Beschlüsse des Reichstages vom 27. November 1918

Der neue Staatshaushaltsplan für die Jahre 1918/19

Erstellung des Einkommen-, Erbschafts- und Grundsteuer.

Der Staatshaushaltsplan für die Jahre 1918 und 1919, der getrennt den Einnahmen und Ausgaben, den Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Bundesstaaten für jedes der beiden Jahre auf 566 649 829 M. und legt außerdem zu außerordentlichen Staatsausgaben für beide Jahre 88 137 000 M. aus. Die Deckung ist nicht möglich gewesen ohne Steuererhöhungen. Es ist jedoch davon abgesehen worden, zur Deckung des Gleichgewichts zwischen den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben nach dem Gesetz vom 3. Juli 1902 lediglich die Einkommensteuer zu erhöhen, da dies besonders hohe Aufschläge erfordern würde und auch eine Veranschlagung des Vermögenswertes als angemessen angesehen wird. Demgemäß soll die Ergänzungsteuer um 100 v. H. erhöht und die Grundsteuer nach 6 St. von jeder Steuerklasse, also 2 St. mehr, erhoben werden. Der hierdurch nicht gedeckte Teil des Mehreinkommens soll durch Aufschläge zur Einkommensteuer aufgebracht werden, aus denen mit einem Mehreinkommen von 21,5 Millionen jährlich (Gesamteinnahme 100 850 000) gerechnet wird. Es sollen folgende Aufschläge zur Normalsteuer erhoben werden: bei Einkommen von mehr als 2200 M. bis einschließlich 4000 M. 10 v. H., 4000 M. bis 7800 M. 15 v. H., 7800 M. bis 12 000 M. 20 v. H., 12 000 M. bis 18 000 M. 25 v. H., 18 000 M. bis 25 000 M. 30 v. H., 25 000 M. bis 35 000 M. 35 v. H., 35 000 M. bis 50 000 M. 40 v. H., 50 000 M. bis 65 000 M. 45 v. H., 65 000 M. bis 80 000 M. 50 v. H., 80 000 M. bis 100 000 M. 55 v. H., mehr als 100 000 M. 60 v. H.

Von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerksgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung wird der doppelte Zuschlag erhoben. Die Staffelung des Zuschlagstarifes schließt sich bis zu Einkommen von 7800 M. dem im Jahre 1917 angewendeten Zuschlagstarif an. Nur die Beitragspflichtigen mit höherem Einkommen — das sind 1,55 v. H. aller Einkommen (einschließlich der steuerfrei Veranlagten) und nur 10 v. H. aller mit Steuerbefreiung veranlagten Beitragspflichtigen — werden 1918 und 1919 höhere Zuschläge zu entrichten haben als 1917. Andererseits sollen die geringeren Einkommen bis 2200 M. weiterhin von Zuschlägen zur Einkommensteuer überhaupt befreit werden, ebenso Personen mit Einkommen bis 8100 M., von deren steuerpflichtigem Einkommen Abzüge nach dem sogenannten Kinderparagrafen (Einkommensteuergesetz § 12 Absatz 3) zu bewirken sind, sowie Personen mit Einkommen bis 5800 M., denen wegen der ihre Steuerbefreiung wesentlich mindernden wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß Einkommensteuergesetz § 13 eine Steuerermäßigung bei der Veranlagung gewährt wird, oder die drei oder vier nicht besonders zur Einkommensteuer veranlagten Kinder auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewähren. Beitragspflichtige, die keinen Einkommensteuernachschlag entrichten, sollen auch vom Ergänzungsteuernachschlag befreit sein.

Im einzelnen ist hervorzuheben, daß im Haushalt des Ministeriums des Innern ein neuer Titel eingestellt ist, der erstmalig für Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge 80 000 M. anfordert. Für diesen Zweig der Wohlfahrtspflege soll nach der Thronrede ein Gesetz vorgelegt werden, das die Grundlage für eine das ganze Land umfassende sorgsame Säuglingspflege bilden soll. Es soll eine zentrale als staatliche Verwaltungseinheit gebildet werden. Bekanntlich hat der verstorbenen Reichs. Geh. Rat Dr. Dingeldey bestimmt, daß dieser zentrale der vierte Teil der jährlichen Reineinkünfte der aus seinem Nachlass zu bildenden Stiftung unter der Voraussetzung eines mindestens halb so großen Staatsbeitrages zufließen soll. Die Stiftung hat bereits für das Jahr 1917 in ihrem Voranschlag 125 000 M. für die Zwecke der Säuglingsfürsorge bereitgestellt.

Im Haushalt des Finanzministeriums ist eine einmalige außergewöhnliche Ausgabe von 65 000 M. zur Einrichtung eines Laboratoriums für organische Chemie insbesondere für die der Braunkohle eingestellt worden. Es soll außerdem eine Versuchsanlage errichtet werden, in der je nach dem Stande der Forschung und den Fortschritten der Technik neue Apparate und Maschinen planmäßig erprobt und vervollkommen werden. Die Mittel für diese Versuchsanlage, die sich noch nicht genau veranschlagen lassen, werden nachtragsweise angefordert werden. Die zu errichtende Professur soll an erster Stelle die chemische Technologie der Kohle, insbesondere der Braunkohle, zum Gegenstand haben.

Aus dem außerordentlichen Etat seien folgende Summen genannt: 1 Million Mark für die Erwerbung vereinlichter Darlehen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Bezirksverbände zur Errichtung oder Erweiterung von Trockenanlagen, 2 Millionen zur Erwerbung von Darlehen an gewerbliche Gewerkschaften und juristische Personen des öffentlichen Rechts, wofür nunmehr 7 Millionen Mark zur Verfügung stehen, 5,8 Millionen als vierter Teilbetrag zur Erwerbung von Kohlenfeldern, 10 428 000 M. für die Vermeerung der Lokomotiven und Tender, 24 688 000 M. zur Vermeerung der Güterzüge. Auf dem Staatshaushalt Dresden sollen die Abfertigungsräume für Gepäck und Geprehgut vergrößert werden. Dafür sind zunächst 370 000 M. ausgeworfen worden. (Dresdn. Anz.)

Die fortschrittliche Fraktion der Zweiten Kammer hat gleichfalls eine Anzahl Anträge eingebracht, die wie folgt lauten:

1. Die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß nach Friedensschluß 1. sowohl die Rückzahlung von hypothekarischen Schuldforderungen, sofern erhebliche Hindernisse nicht vorliegen, als auch die Erhöhung des Zinsfußes gesetzlich auf die Dauer von drei Jahren verboten werde; 2. rechtzeitig Maßnahmen in die Wege zu setzen, um den infolge der langen Kriegsdauer in Not geratenen Haus- und Grundbesitz wirtschaftlich wieder aufzuheben, sei es durch Beschaffung nachstelliger Hypotheken, oder durch Übergabe ausstehender finanzieller Darlehen zu mäßigem Zinsfuß. Günstler.
2. Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, alsbald der Ständeverammlung eine Vorlage zu unterbreiten, mit der eine Überleitung über die seither auf Grund der ständischen Beschlüsse aus dem Vermögensstandes zur Unterhaltung des noch bestehenden Mittelstandes gewährten Darlehen gegeben wird und im Bedarfsfalle weitere Geldmittel zu dem gedachten Zwecke einzustellen. Günstler.
3. Ein Antrag Drobnig-Roth erucht die Staatsregierung, Maßnahmen dahingehend zu treffen, durch die der Ueberfüllung der Eisenbahnen auf zweckmäßiger Weise begegnet wird, als es durch die im Oktober eingeführte unumgängliche Verteuerung geschehen ist.
4. Ein Antrag Dr. Roth und Genossen erucht die Staatsregierung, noch in der gegenwärtigen Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Berechtigung des schifflichen Fakturwesens gewährleistet wird. (G. Lobl.)

Papier ist eine der wichtigsten Waffen im Kampf um unsere Interessen! Drum stärkte deinen persönlichen Fortschritt ein.